



Finanzsenator Dr. Andreas Dressel zu Gast bei der DPoIG

Im Fokus:

Amtsangemessene Alimentation – Tarifverhandlungen – Berufsattraktivität



Bevor Dr. Andreas Dressel (SPD) zum Senator und Präses der Finanzbehörde berufen wurde, war er zuvor viele Jahre als Innenpolitiker unterwegs. Spätestens seit seiner Zeit als Abgeordneter und innenpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion (2004 bis 2011), ist er ein gern gesehener und stets willkommener Ansprechpartner für die **DPoIG Hamburg**. Auch als SPD-Fraktionsvorsitzender (2011 bis 2018)

war Dr. Dressel „Innenpolitiker“ und besonders gefordert, als es darum ging, die Gewaltexzesse beim G20-Gipfel 2017 politisch aufzuarbeiten. Beim aktuellen Gespräch standen die Themenschwerpunkte amtsangemessene Alimentation (aA), die zum Jahresende anstehenden Tarifverhandlungen (TV-L) sowie die Berufsattraktivität für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, aber auch des gesamten hamburgischen öffentlichen Dienstes, im Vordergrund des Austausches mit der Landesspitze der **DPoIG Hamburg**. Landesvorsitzender Thomas Jungfer thematisierte zunächst das Unverständnis der **DPoIG** und unserer Kolleginnen und Kollegen über den Widerstand des Senats und der obersten Dienstbehörde, Musterklagen zuzulassen. Aufgrund dessen ist das Verwaltungsgericht von einem „Klagesunami“ überschwemmt worden, der seinesgleichen sucht. Niemand habe Spaß daran, seinen Dienstherrn zu verklagen, aber offensichtlich sei es nicht anders gewollt und deshalb stehe die **DPoIG** selbstverständ-

lich zu ihren Mitgliedern, so Thomas Jungfer weiter. Der Finanzsenator zeigte Verständnis für die Auffassung der **DPoIG**, verwies jedoch auf die bereits beschlossenen und bis zum Jahr 2025 von der Stadt zu zahlenden Angleichungszulagen. Darüber hinaus hat der Senat reagiert und ein Besoldungsstrukturgesetz auf den Weg gebracht, das sich derzeit im Abstimmungs- beziehungsweise Gesetzgebungsverfahren befindet und von dem vor allem Beamtinnen und Beamte mit Kindern profitieren werden. Weitere Zahlungen sind aktuell finanziell nicht leistbar und hängen von Gerichtsentscheidungen in Bund (BVerfG) und Hamburg (VG) ab.

Für die DPoIG ist klar: Wir fordern eine verfassungskonforme Besoldung ohne Wenn und Aber!

Ob das Besoldungsstrukturgesetz in der Lage sein wird, die Dienstbezüge der Hamburger Beamtinnen und Beamten rechtssicher und gerecht auszugestalten, bleibt abzuwar-

ten! Das gilt selbstverständlich im gleichen Maß auch für unsere bereits pensionierten Kolleginnen und Kollegen. Wir fordern einen Tariftabschluss, der sowohl eine deutliche, strukturelle Verbesserung der Bezüge von Beschäftigten, Beamten und Versorgungsempfängern (Rente/Pension) beinhaltet als auch die galoppierende Inflation und Preissteigerungen berücksichtigt. Für die **DPoIG** ist der diesjährige Tariftabschluss bei Bund und Kommunen (TVöD) der Minimalkonkordanz für eine Einigung. Die Beschäftigten von Bund und Kommunen haben durch den TVöD-Abschluss gegenüber den Beschäftigten der Länder ein sattes Plus von durchschnittlich 10,5 Prozent erreicht. Dieser Unterschied muss ausgeglichen werden. Da Dr. Andreas Dressel als Hamburger Finanzsenator derzeit auch Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (Tdl) ist und somit Verhandlungsführer der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen sein wird, haben wir die Gelegenheit genutzt, unsere Auffassung als tariffähige Polizeigewerkschaft zu formulieren, ohne der Forderungsfindung des dbb vorzugreifen. Der Finanzsenator machte deutlich, dass alle Länderfinanzminister, ob der besonderen Brisanz der kommenden Verhandlungen wissen. Verhandlungsziel soll es sein, eine spürbare Entgelt-erhöhung mit der Steigerung der Berufsattraktivität im öffentlichen Dienst der Länder und der Minimierung von Fluktuation zu verbinden. Inwieweit die Ziele der Arbeitgeber mit der berechtigten Erwartungserhaltung der Kolleginnen und Kollegen übereinstimmen, hängt auch davon ab, mit welchem Engagement wir für unsere Interessen kämpfen! An der Entschlossenheit der **DPoIG Hamburg** wird es keinen Zweifel geben!

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Ivonne Kussmann,
Frank Riebow, Polizei Köln,
DPoIG Hamburg

ISSN 0723-2230





Wertschätzung und Berufsattraktivität – anderswo Bund stellt Polizeizulage wieder ruhegehaltstfähig

Wann ist endlich Hamburg an der Reihe?

„Die Polizeibeamtinnen und -beamten halten jeden Tag auf der Straße ihren Kopf für das hin, was in der Politik beschlossen und in der Gesellschaft diskutiert wird. Und dafür haben sie meine besondere Wertschätzung verdient.“ Mit diesen Worten hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vor wenigen Wochen die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage für rund 56.000 Bundesbedienstete verkündet. Da stellt sich natürlich sofort die Frage, wo bleibt diese Art von Wertschätzung für unsere Hamburger Kolleginnen und Kollegen. Haben sie, die selbst-

verständlich auch täglich ihren Kopf auf den Straßen der Hansestadt hinhalten, diese Wertschätzung nicht auch von unserem Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) und von unserem Innensenator Andy Grote (SPD) verdient? Auf der letztjährigen Personalversammlung in der Laeishalle verkündete Innensenator Andy Grote erneut eine Erhöhung der Polizeizulage. Dies wäre endlich ein zwar später und kleiner Anfang, aber ein Anfang. Nur ist leider bis heute nichts passiert und die Polizeizulage verharrt seit vielen Jahren auf dem gleichen Niveau.

Wieder einmal hat der Bund die Nase vorn, wenn es darum geht, die Attraktivität des Polizeiberufes zu erhöhen beziehungsweise erkannte Fehlentscheidungen zu korrigieren.

■ Was passiert in Hamburg?

Es wurde eine Arbeitsrate „Nachwuchskräfte“ eingerichtet. Sie hat das Ziel, die schwachen Bewerberzahlen zu steigern und die vielen Kündigungen zu minimieren.

Eine spürbare Erhöhung und die Wiederherstellung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizei-

zulage würde jetzt und sofort zu einer nicht unerheblichen Verbesserung der Attraktivität des Polizeiberufes in Hamburg führen. Da kann man dem Ersten Bürgermeister und dem Innensenator nur raten: Tun Sie es Ihrer Parteikollegin gleich und lassen Sie den Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei die ihnen zustehende Wertschätzung zukommen. Die **DPolG Hamburg** fordert nochmals eine Erhöhung der Polizeizulage auf 250 Euro und die Wiedereinführung der Ruhegehaltstfähigkeit.

Der Landesvorstand

Vom Rhein an die Elbe

Falk Schnabel wird Polizeipräsident in Hamburg

In wenigen Wochen wird der Kölner Polizeipräsident Falk Schnabel vom Rhein an die Elbe wechseln und Ralf Martin Meyer im Amt nachfolgen. Dieser Coup ist Innensenator Andy Grote (SPD) wirklich gelungen, denn bis auf wenigen Insidern war niemanden bekannt, wer Ralf Martin Meyer ablöst, wenn dessen Amtszeit im kommenden Monat endet. Nach 44 Dienstjahren und dann über neun Jahren an der Spitze der Polizei Hamburg, geht der 63-Jährige in den wohlverdienten Ruhestand. Dazu Landesvorsitzender Thomas Jungfer: „Ralf Martin Meyer war in allen dienstlichen Verwendungen innerhalb der Hamburger Polizei ein hochgeschätzter Kollege und Vorgesetzter. Als Poli-



► Falk Schnabel

zeipräsident hat er die Polizei nachhaltig geprägt und durch seine unaufgeregte Art moderatisiert und glaubwürdig vertreten. Als Gewerkschafter konnte ich mich auf ein von

ihm gegebenes Wort immer verlassen. Selbstverständlich ist die Hand der **DPolG** auch für seinen Nachfolger ausgestreckt. Wir heißen Falk Schnabel herzlich willkommen und

freuen uns auf die kommende Zusammenarbeit zum Wohle der Polizei Hamburg und unserer Kolleginnen und Kollegen.“ Hamburgs designierter Polizeipräsident ist Jurist. Falk Schnabel war unter anderem von 2016 bis 2017 Leitender Oberstaatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft in Hamm und in den Jahren 2017 bis 2020 Leitender Oberstaatsanwalt und Leiter der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf, bevor der 54-Jährige dann zunächst zum Polizeipräsidenten in Münster und seit dem April 2022 in Köln berufen wurde. Die **DPolG** wünscht Falk Schnabel einen guten Start in Hamburg und viel Erfolg im neuen Amt!



DPoIG fordert die Zahlung einer Angriffsentschädigung

Anlässlich des **DPoIG**-Symposiums „Deutschland im Krisenmodus und mittendrin die Polizei“ im März dieses Jahres hat Polizeipräsident Ralf Martin Meyer festgestellt: „Gewalt gegen Polizeibeamte darf nicht zum Berufsbild gehören.“ Richtig (!) – diese Aussage gilt selbstverständlich für alle Polizeibeschäftigten, denn unsere Kolleginnen und Kollegen handeln alle im gesetzlichen Auftrag, setzen das Recht um und treffen ggf. Maßnahmen, die notwendig sind, um unserer Rechtsordnung Geltung zu verschaffen. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind als Teil der Exekutive der personalisierte demokratische Rechtsstaat – nicht mehr, nicht weniger! Der polizeiliche Alltag unserer Kolleginnen und Kollegen ist immer öfter geprägt von Beschimpfungen, Bedrohungen, Nötigungen und auch gewalttätigen Angriffen – die Liste der Delikte gegen Hamburger Polizistinnen und Polizisten ist lang und wird eher länger als kürzer. Die Fallzahlen der PKS sprechen eine eindeutige Sprache: Widerstandshandlungen und tätliche Angriffe gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte verharren auf einem hohen Niveau oder steigen weiter an. Im Jahr 2021 gab es 770 tätliche Angriffe gegen Polizei und Rettungskräfte (2022: 830), dazu kamen 610 Widerstandshandlungen im Jahr 2021 (2022: 660). Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte werden immer häufiger Opfer; in den Jahren 2019 bis 2022 wurde ein kontinuierlicher Anstieg verzeichnet.

„Betrachtet man die sogenannten Opferwerdungen von Polizeivollzugsbeamten sind im Vergleich zu 2019 34 Prozent

mehr Polizeibeamte Opfer von Straftaten während der Ausübung ihres Berufes geworden.“ (Quelle: Polizei Hamburg, PKS 2022)

➤ **Jeder Angriff auf einen Beschäftigten der Polizei ist ein Angriff auf den Staat!**

Die **DPoIG Hamburg** fordert den Hamburger Senat auf, denjenigen Polizeibeschäftigten eine sogenannte Angriffsentschädigung zu zahlen, die einen gegen sie gerichteten tätlichen, rechtswidrigen Angriff erleben mussten und daraufhin einen Dienst- beziehungsweise Arbeitsunfall erlitten haben! Die Angriffsentschädigung soll eine zusätzliche, einkommenssteuer- und pfändungsfreie Unfallfürsorgeleistung des Dienstherrn sein und mindestens in einer Höhe von 2.000 Euro ausbezahlt werden – die Schwere der Verletzung ist von der Zahlung unabhängig. Die Leistung erfolgt je Sachverhalt als Einmalzahlung und die Prüfung der Zahlungsvoraussetzungen wird von Amts wegen vorgenommen. Alle Kolleginnen und Kollegen, die eine Angriffsentschädigung beanspruchen, müssen vorher eine Strafanzeige oder einen Strafantrag gestellt haben! Das gibt's doch gar nicht, doch in Hessen und zwar seit dem Jahr 2021 für den gesamten öffentlichen Dienst und darüber hinaus! Die **DPoIG Hamburg** fordert den Ersten Bürgermeister, Peter Tschentscher (SPD), sowie Innensenator Andy Grote (SPD) auf, sich im Senat für die Einführung einer Angriffsentschädigung auch in Hamburg einzusetzen!

Der Landesvorstand



© Pixabay

© DPoIG Hamburg



Wie sicher ist unsere Kritische Infrastruktur?

Landesvorsitzender Thomas Jungfer zu Gast bei der Versorgungssicherheitskonferenz

Mitte Juli fand im Plenarsaal der Handelskammer Hamburg die Sicherheitskonferenz „Versorgungssicherheit – neue Risiken für die Wirtschaft und KRITIS in Norddeutschland“ statt. Dazu eingeladen hatte der Bundesverband für den Schutz Kritischer Infrastrukturen e. V. (BSKI) sowie die Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland e. V. (ASW). Themenschwerpunkt der Veranstaltung war somit die Versorgungssicherheit und deren Risiken: Blackout-Szenarien, Drohnenangriffe, der Einsatz von KI oder die Verbreitung von Fake News zum Nachteil von Wirtschaftsunternehmen. Die Möglichkeiten, die Wirtschaft massiv zu destabilisieren werden immer zahlreicher und bedrohlicher. Die **DPoIG Hamburg** pflegt bereits seit Längerem eine Zusammenarbeit mit der ASW und deshalb war es für Landesvorsitzenden Thomas Jungfer und Landesgeschäftsführerin Ivonne Kussmann selbstverständlich, der Einla-



Landesvorsitzender Thomas Jungfer während seines Grußworts in der Handelskammer.

dung in die Handelskammer zu folgen. In seinem Grußwort berichtete Thomas Jungfer über die Zusammenarbeit zwischen Polizei und KRITIS und mahnte dabei unter anderem an, dass die Bewachung der Kritischen Infrastruktur nicht alleinige Aufgabe der Polizei sein darf. Der Angriffskrieg Russlands, die Pandemie, aber auch Sabotageakte (wie zum Beispiel auf die Gaspipeline in der Ostsee) zei-

gen immer wieder, wie fragil Infrastruktur sein kann. Aber auch Klimawandel und Naturkatastrophen sind eine Gefahr für die Kritische Infrastruktur. Jedes Unternehmen ist angehalten, in die eigene Sicherheit zu investieren und muss in erster Linie selbst dafür Sorge tragen, dass etwaige Anschläge erst gar nicht verübt werden können. Innere Sicherheit gibt es auch für die Wirtschaft nicht

zum Nulltarif. Mit hochkarätigen Referenten, die ihr Fachwissen und ihre Erfahrungen aus verschiedenen relevanten Bereichen teilten, ging es weiter. Hervorzuheben ist hier unter anderem der Vortrag von Daniela Hildenbrand – Head of Business Unit Counter UAS-ESG mit ihrem Vortrag „Drohnenabwehr – Schutz von KRITIS“ sowie von Oberst d. R. Dr. Hans-Walter Borries von BSKI zum Thema „Geopolitik und Versorgungssicherheit“, „Blackout – Erfahrungen und Schutz“ sowie das Thema „Cyberangriff live – ein Erfahrungsbericht“ waren nicht minder interessante Vorträge. Der Nachmittag stand dann ganz im Zeichen der künstlichen Intelligenz mit dem Schwerpunkt „KI im Arbeitsalltag – Chancen und Risiken“ sowie thematische Workshops. Im Anschluss standen alle Referenten für Fragen, Diskussionen und Networking zur Verfügung.

Der Landesvorstand

Vorgestellt:

Daryl Fee Günther, JUNGE POLIZEI, stellvertretende Landesjugendleiterin

Daryl begann im Februar 2020 ihre Ausbildung bei der Polizei Hamburg. Die ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen stammende Kollegin entschied sich bereits an der Akademie der Polizei, aktiv in der JUNGEN POLIZEI der **DPoIG Hamburg** mitzuwirken. Dies stand für sie schnell fest, nachdem die JUNGE POLIZEI sich in einer Klassenvorstellung mit ihren Themen, Ansichten und Aufgaben vorstellte. Daryl war bereits vorher langjährig in der FDP in verschiedenen Funktionen tätig, weshalb sie auch weiterhin gerne Verantwortung in einer



Daryl Fee Günther

Jugendorganisation übernehmen wollte. Dafür bot ihr die **DPoIG Hamburg** die Möglichkeit. Schnell zeigte Daryl durch ihr freundliche, zuverlässige und verantwortungsbewusste Art, dass sie ein Aktivposten in der **DPoIG** ist. Dies führte auch dazu, dass Daryl bereits nach kurzer Zeit durch Landesjugendleiter Nicholas Kriegk als kooptiertes Mitglied in den Vorstand unserer Nachwuchsorganisation berufen wurde. Auf dem diesjährigen Landesausschuss wurde Daryl Fee Günther dann einstimmig gewählt und ist seitdem stellver-

tretende Landesjugendleiterin der JUNGEN POLIZEI. Dort hilft sie seitdem tatkräftig mit und unterstützt sowohl bei Einsatzbegleitungen, beispielsweise für Übungen an der Akademie und Veranstaltungen der Polizei, als auch im Social-Media-Team. Für ihre Zukunft bei der Polizei und in der **DPoIG Hamburg** hat die 30-Jährige genaue Vorstellungen. Sie wird mit ihrem Wesen und ihren Fähigkeiten eine Bereicherung sein und bleiben – wir freuen uns, dass Daryl die JUNGE POLIZEI stärkt und repräsentiert.



Verfahrensstand: amtsangemessene Alimentation (aA)

Wie ist der Sachstand und wie geht's weiter?

Diese und ähnliche Fragen werden der **DPoIG Hamburg** verständlicherweise von den am Verfahren beteiligten Kolleginnen und Kollegen immer wieder gestellt. Wichtig: Die vom Verwaltungsgericht Hamburg ausgesetzten und dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zur Entscheidung vorgelegten Musterverfahren sind nach wie vor beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Die **DPoIG Hamburg** wird im anhängigen Verfahren von Rechtsanwalt Dr. Dieter Struck (Kanzlei Heissner & Struck) vertreten. Nach den uns vorliegenden und von unserem Rechtsbeistand bestätigten, aktuellen Informationen, ist in diesem Jahr nicht mehr mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu rechnen.

> Die Karlsruher Richter werden sich aller Voraussicht nach erst im Laufe des kommenden Jahres mit den Beschlussvorlagen des Hamburger Verwaltungsgerichts beschäftigen.

Zuvor sollen noch vorrangige Entscheidungen über die amtsangemessene Alimentation in anderen Bundesländern anstehen, die voraussichtlich noch in diesem Kalenderjahr verkündet werden und auch Auswirkungen auf die Hamburger Verfahren haben können. Insofern kann man hier leider nur abwarten. Nur durch die von dbb Hamburg und **DPoIG Hamburg** durchgeführten Musterverfahren und eingelegten Widersprüchen/Anträgen auf amtsangemessene Alimentation der Jahre 2020 und folgende hat sich im Hamburger Senat politisch etwas bewegt. So

hat der Senat unter anderem bereits Rücklagen für erfolgreiche Musterklageverfahren unserer Kolleginnen und Kollegen gebildet und die Zahlung von Angleichungszulagen für alle aktiven (!) Landesbeamtinnen und -beamten für die Jahre 2021 bis 2025 einmal jährlich in Höhe von 33 beziehungsweise 20 Prozent eines „Monatsbruttos“ beschlossen. In den derzeit beim Verwaltungsgericht Hamburg anhängigen weiteren Klageverfahren, die Kalenderjahre 2013 bis 2019 und/oder 2020 und folgende betreffend, war nach Kenntnis unseres Rechtsanwalts zwischenzeitlich beabsichtigt, zunächst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den dort anhängigen Musterverfahren abzuwarten. In Anbetracht der dortigen Verfahrensdauer ist man seitens des Verwaltungsgerichts aber von diesem Vorhaben abgerückt und beabsichtigt nach Informationen unseres Rechtsanwalts doch noch vor einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in die Bearbeitung der aktuell beim Verwaltungsgericht Hamburg anhängigen Klageverfahren einzutreten. Das Verwaltungsgericht will eine grobe Vorsortierung der rund 7.000 Klageverfahren nach einzelnen Fallgruppen vornehmen (ledig/verheiratet, kinderlos/mit Kindern et cetera), um dann im dritten Quartal oder spätestens im Laufe des vierten Quartals dieses Jahres Kontakt zu den Klägerinnen und Klägern beziehungsweise deren Prozessbevollmächtigten aufzunehmen und prozessleitende Anordnungen zu treffen. Dabei wird voraussichtlich die Amtsange-

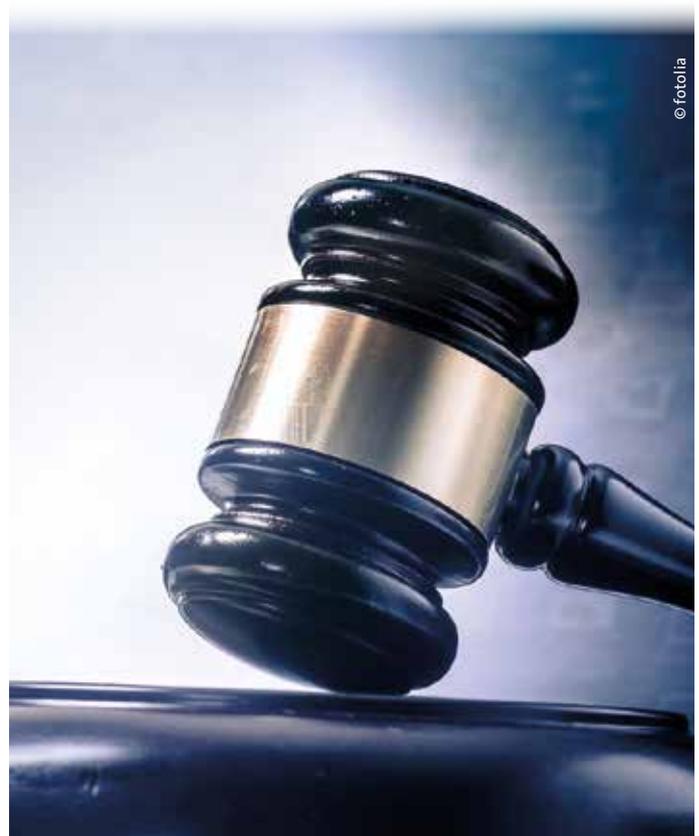
messenheit der Alimentation – jedenfalls für die Jahre ab 2020 in einem beziehungsweise mehreren ausgewählten Musterverfahren – rechtlich überprüft werden. Möglicherweise wird auch im Vorwege über die Frage des Vertrauensschutzes verhandelt und entschieden. Hier geht es um die Klägerinnen und Kläger, die im Vertrauen auf die damaligen Zusagen des Personalamts im Jahre 2011, auf weitere Anträge beziehungsweise auf das Einlegen von weiteren Rechtsmitteln hinsichtlich einer nicht angemessenen Alimentation für die Kalenderjahre 2013 bis 2019 verzichtet haben. Jetzt muss also abgewartet werden, welche Entscheidungen das Verwaltungsgericht Hamburg trifft und welche prozessleitenden Anordnungen die einzel-

nen Kammern für das Massenklageverfahren treffen werden.

> Der **DPoIG Hamburg** ist bewusst, dass der aktuelle Sachstand und insbesondere die sich hinziehende Verfahrensdauer unbefriedigend sind.

Als Gewerkschaft werden wir unsere klagenden Kolleginnen und Kollegen weiter unterstützen und dafür kämpfen, dass der Senat endlich ein verfassungsgemäßes Hamburgisches Besoldungsgesetz und darauf aufbauend, ein verfassungsgemäßes Hamburgisches Beamtenversorgungsgesetz vorlegt (HmbBesG/HmbBeamtVG), um zukünftige Widersprüche und Klagen weitestgehend auszuschließen.

Der Landesvorstand



© fotolia



Verwaltung heute: Personaldefizite und mangelnde Attraktivität

Von Beate Petrou,
Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Der Fachbereich Verwaltung der **DPoIG Hamburg** hat sich auch in den vergangenen Monaten mit Themen aus der allgemeinen Verwaltung, den Belangen der Angestellten im Polizeidienst (AiP) und den Fragestellungen aus dem Landesbetrieb Verkehr (LBV) beschäftigt.

► Wo stehen wir?

Die Kollegen des LKA können sich bald über das neue Berufsbild Kriminalassistent freuen. Jahre hat es gedauert, bis berechtigte Forderungen auch der **DPoIG Hamburg** umgesetzt wurden, Kriminalbeamte durch Tarifangestellte zu entlasten. Nun steht die Polizei vor dem Durchbruch und die Stellen können zügig ausgeschrieben werden. Angedacht sind Dienstposten mit einer Wertigkeit von EG 6 über EG 8 bis EG 9a. Wichtig ist es hier für die **DPoIG Hamburg**, dass unsere LKA-Mitarbeiter, die langjährig ihre Erfahrungen und ihre Arbeitskraft beispielsweise in den MUK-Bereichen eingebracht haben, ebenfalls in den Genuss einer wohlverdienten Höhergruppierung kommen können. Die **DPoIG Hamburg** wird diesen Prozess weiter begleiten. Die Verhandlungen zur 93er-Vereinbarung Moderne Raumkonzepte dauern noch an. Zukünftig gibt es bei den Büroarbeitsplätzen grundsätzlich keinen festen Arbeitsplatz mehr.

An Begriffe wie Desksharing, Coworking Space, Open Space Büro, Clean Desk Policy und

Heimathafen müssen wir uns in der Verwaltung wohl gewöhnen.

Zurzeit gibt es in der Polizei schon einige Bereiche, die diese Raumkonzepte pilotieren, zum Beispiel bei der IT, der LPV, bei PERS und im LKA 55. Der Fachbereich Verwaltung hat im Juni in einer Fachbereichssitzung einen interessanten Vortrag durch das Immobilien Service Zentrum (ISZ) anbieten können. Dabei wurde festgestellt, wie wichtig die Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen in die Neugestaltung der Räume ist. Dabei sind insbesondere die Bedürfnisse der Beschäftigten hinsichtlich der Arbeitsplatzgestaltung, Ergonomie, Privatsphäre und des sozialen Austauschs zu berücksichtigen.

► Unsere AiP-Kolleginnen und -Kollegen leiden im Moment unter der personellen Unterdeckung.

Ganz gleich, ob wir zur LBP 10/VS, an die PK, in die VD 1 oder in den Erkennungsdienst schauen, überall gibt es offene Stellen und die Polizei hat Schwierigkeiten, Dienstposten nachzubeseetzen. Das liegt zum einem am Arbeitsmarkt, am Fachkräftemangel und der tariflichen Bezahlung und den geringen Aufstiegsmöglichkeiten. Ein Thema, dem sich die **DPoIG Hamburg** angenommen hat. Hier gilt es, im TV-L einen guten Tarifabschluss auszuhandeln und eine positive Arbeitskulturr mit Aufstiegs- und



© DPoIG Hamburg

Fortbildungschancen zu entwickeln. Ein spezielles Problem ist derzeit die Abordnung der Kolleginnen und Kollegen der Lokalen Präsenz zum Hauptbahnhof. Die Wegnahme der Waffe nach Genehmigung ist das eine Problem, das andere ist die fehlende Heranführung der AiP in ganz neue Aufgabengebiete. Also das „Streife-gehen“ in Gefahrenzonen mit einem unberechenbaren Klientel jedoch bei ungenügender Einweisung in eskalierende Einsatzsituationen und unzureichenden ETR-Kenntnissen.

► Kopferbrechen macht der DPoIG Hamburg auch der klassische Verwaltungsbereich wie beispielsweise die Personalabteilung.

Hier ist ein ständiger Personalwechsel zu verzeichnen. Fachwissen kann kaum noch angeeignet werden, die Personalaktenbetreuungsanzahl in der Polizei ist viel zu hoch und die Bezahlung zu niedrig, sodass sich die Kolleginnen und Kollegen in andere Behörden umorientieren. Bei PERS ist derzeit ein Umorganisationsprozess im Gang, von dem man nur hoffen kann, dass Besserungen eintreten. Wir brauchen motivierte und gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen in der Personalabteilung und in anderen Verwaltungsbereichen, die auch gerne bei der

Polizei sind. Das zu erreichen, bedarf es noch einiger Anstrengungen. An vielen Dienststellen haben wir es mit einem zu viel an Arbeit zu tun. Dazu kommen Überlastungsanzeigen, eine zu niedrige Bezahlung und manchmal auch eine zu geringe Wertschätzung. In der Polizei ist es seit Jahren so, dass der Polizeivollzug im Vordergrund steht, finanziell und stellentechnisch. Das war schon immer so. Aber noch nie war die finanzielle Kluft so groß und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Polizeivollzug und Verwaltung so unterschiedlich ausgeprägt wie aktuell. Die Politik entscheidet, dass finanzielle Vakanz in der Verwaltung einzuhalten sind, dabei müssten wir heute schon für morgen in unsere Polizeiverwaltung investieren. Auch dort ist die Pensionierungs- und Rentenwelle im vollen Gang. Ein erster Schritt ist jetzt, dass etwa 130 Einstellungen in der Verwaltung vorgenommen werden können, um die größten Bedarfe zu decken – damit wird eine Forderung der **DPoIG Hamburg** erfüllt – aber keine Zeit ausruhen. Diese Personalprobleme treffen auch für den Landesbetrieb Verkehr zu, ein Bereich in dem sich die **DPoIG Hamburg** ebenfalls engagiert; auch dort fehlt es überall an Personal und einer attraktiven Bezahlung. ■



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

MITGLIEDERWERBEAKTION

1. JUNI BIS 31. AUGUST 2023

Verlängert
bis
31.10.2023

Neue DPoIG-
Mitglieder erhalten

75€*

DPoIG-Werber erhalten für
jedes neue Mitglied

25€*



DPoIG ~~☒~~
Deinetwegen!

DEINE PRÄMIE* ALS NEUMITGLIED ODER WERBER!

Werde DPoIG-Mitglied oder werbe Neumitglieder.

TOP LEISTUNGEN!

- ✔ Dienstliche Rechtsschutzversicherung mit freier Anwaltswahl inkl. Wegeunfälle
- ✔ Kostenlose Beratung in allen zivilrechtlichen Angelegenheiten bei einer namhaften Anwaltskanzlei
- ✔ Diensthaftpflicht-Versicherung
- ✔ Dienstfahrzeug-Regress-Haftpflichtversicherung
- ✔ Geräte- und Geräteregresshaftpflichtversicherung
- ✔ Eine umfassende und persönliche Betreuung jedes einzelnen Mitgliedes
- ✔ Viele exklusive Rabatte durch unsere starken Partner



Deutsche Polizeigewerkschaft
DPoIG Hamburg
Holzdamm 18 · 20099 Hamburg

Tel. 040-254026-0
Fax 040-254026-10
E-Mail dpolg@dpolg-hh.de



**HIER GEHT'S ZUR
MITGLIEDSCHAFT**

dpolg-hh.de

Abonnieren
Informieren



@dpolghh

*Ausgenommen sind Anwärtinnen und Anwärter der Akademie der Polizei. Hier gelten die besonderen Werbepremien für Berufsanfänger.



Guten Tag Frau Bundeskanzlerin

Auch dienst erfahrene Kolleginnen und Kollegen sind vor Überraschungen nicht gefeit. Manchmal setzt der Tag Highlights, mit denen man nicht rechnen konnte. So ähnlich ist es unseren Kollegen und Mitgliedern Dimitrios „Dimi“ Argiris und Savas Bayindir (beide LBP 10/VS) ergangen, als ihnen klar wurde, wer sich da gerade an der Außenalster die Füße

vertrat. Bundeskanzlerin a. D. Dr. Angela Merkel genoss das gute Juli-Wetter und entspannte sich bei einem Spaziergang, bevor es zu einem Termin in das Hamburger Rathaus ging. Nach einem kurzen Gespräch mit unseren Kollegen, war sie gerne zu einem Foto bereit und schnell wurden aus Objektschützern zwei Personenschützer – klasse. ■



© DPoIG Hamburg

> Einladung zum Seniorentreff

Die **DPoIG Hamburg** lädt wieder zum Seniorentreff ein. Wer als Seniorin oder Senior Interesse an relevanten Themen wie Rente, Pension, Gesundheitsversorgung oder Rechtsschutzangelegenheiten hat, ist herzlich willkommen. Wir werden uns ausreichend Zeit nehmen und in angenehmer Atmosphäre informieren, diskutieren und eure Fragen aufnehmen – wir freuen uns auf euch. Für das leibliche Wohl wird selbstverständlich gesorgt.

Seniorentreff: Dienstag, 26. September 2023, um 14 Uhr in der **DPoIG-Geschäftsstelle, Holzdamm 18 (Nähe Hauptbahnhof)**

Bitte meldet euch telefonisch in der Geschäftsstelle unter Telefon: 040.2540260, via E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de oder per Whatsapp in der **DPoIG-Senioren-Gruppe** an!

Euer Freddi Lohse, Seniorenbeauftragter



© Pixabay

> Ruhestand*

Folgender Kollege ist zum 30. Juni 2023 in den Ruhestand gegangen:

TÜV

Ang. Hartmut Rötting

TÜV Hanse

Folgende Kollegen sind zum 31. Juli 2023 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

PHK Oliver Gerloff

PK 14

PHK Stefan Laue

PK 46

Landeskriminalamt

EKHK Jürgen Jankowski

LKA 182

PHK Marco Thiebach

LKA 4301

Akademie der Polizei

PHK Jens Luwe

AK 34

Justizariat

PHK Stephan Schaal

J 12

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

> Podcast

Blaulicht

Der Polizeireporter André Zandvakili vom „Hamburger Abendblatt“ ist eine Institution und seit Jahrzehnten auf „Blaulicht“-Mission. Seit einigen Monaten ist er



© HA

auch Podcaster und erinnert dabei unter anderem an herausragende und aufsehenerregende Kriminalfälle, die die Öffentlichkeit, oft weit über die Grenzen Hamburgs oder Norddeutschlands hinaus, beschäftigten. Seien es die Reemtsma-Entführung, Waffengewalt im Rotlichtmilieu oder der Drogenkrieg in den 1990er-Jahren gewesen. Reinhören lohnt sich! Verfügbar auf www.abendblatt.de und allen bekannten Podcast-Portalen.

> In eigener Sache: POLIZEISPIEGEL

„POLIZEISPIEGEL goes digital“ und damit erweitern sich die Zustelloptionen ab der kommenden Oktober-Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift. Zukünftig kann jedes Mitglied der **DPoIG Hamburg** entscheiden, wie der POLIZEISPIEGEL zugestellt werden soll.

> Nur die Druckausgabe wie bisher auch, nur digital oder beides: Print und digital.

> Was muss ich tun?

Wer „seinen“ POLIZEISPIEGEL weiter als Papiausgabe in den Händen halten will, muss gar nichts tun. Die postalische Zustellung wird wie gewohnt fortgesetzt.

Wer beides möchte, Print und digital, oder nur die Digitalausgabe lesen möchte, sendet seinen Wunsch an die Geschäftsstelle der **DPoIG Hamburg** per E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de

Die digitale Ausgabe wird dann an die private E-Mail-Adresse gesandt. Eine Versendung an die dienstliche E-Mail-Adresse ist nicht möglich.



© FDS